

Antrag

des Abg. Andreas Grammel u. a. AfD

Radioaktive Reststoffe und Endlagersuche

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. welche zusätzlichen Mengen an schwach-, mittel- und hochradioaktiven Reststoffen ihrer Ansicht nach neben dem bereits vorhandenen Bestand in baden-württembergischen Zwischenlagern zukünftig zu erwarten sind und aus welchen Quellen diese stammen;
2. welche genauen Mengen verbrauchter Brennelemente aus Kernkraftwerken in Baden-Württemberg in Tonnen und Kubikmetern zwischengelagert werden, wie lange diese voraussichtlich zwischengelagert werden müssen und ob sich die von ihnen ausgehende Strahlung in diesem Zeitraum auf ein mit natürlichen Strahlenquellen vergleichbares Niveau reduziert;
3. wie viel Prozent der zu Beginn der Zwischenlagerung vorhandenen Strahlenbelastung nach Ablauf der voraussichtlichen Zwischenlagerungsdauer, also zum Zeitpunkt der Verbringung in ein verfügbares Endlager, noch vorhanden sein werden und wie sich diese Strahlenbelastung zu diesem Zeitpunkt zusammensetzt;
4. wie hoch die Strahlenbelastung in Zwischenlagern für radioaktive Reststoffe im Vergleich zu industriellen oder medizinischen Anwendungen radioaktiver Materialien, beispielsweise in der Strahlentherapie oder der PET-Diagnostik, ist;
5. welche Erkenntnisse ihrer Ansicht nach für die langfristige Sicherheit der baden-württembergischen Zwischenlager sprechen;
6. welche Auswirkungen eine Verlängerung der Zwischenlagerzeiten über die ursprünglich vorgesehenen beziehungsweise genehmigten Zeiträume hinaus auf die Sicherheitsanforderungen, Genehmigungsverfahren und erforderlichen Investitionen an den baden-württembergischen Zwischenlagerstandorten hat;
7. inwieweit sie in den aktuell stattfindenden Prozess der Endlagersuche durch die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) eingebunden ist oder auf welche Weise sie diesen unterstützt;
8. welche finanziellen und arbeitsmarktbezogenen Vorteile sich ihrer Ansicht nach bei der Schaffung eines Endlagers für radioaktive Abfälle für die lokale Bevölkerung bzw. für umliegende Gemeinden ergeben;
9. welche Möglichkeiten sie für eine Wiederaufbereitung, Weiterverwendung und/oder -verwertung von verbrauchten Brennelementen, beispielsweise in modernen Reaktorkonzepten, sieht, um den langfristigen Bedarf an Endlagerkapazitäten zu reduzieren;
10. welche Forschungs- und Entwicklungsvorhaben in Baden-Württemberg sich mit der Wiederaufbereitung, Partitionierung oder Transmutation radioaktiver Reststoffe sowie mit Reaktorkonzepten befassen, die bereits vorhandene radioaktive Reststoffe als Brennstoff nutzen oder deren Menge beziehungsweise langfristige Radiotoxizität reduzieren könnten;

11. inwieweit sie sich auf Landes-, Bundes- oder europäischer Ebene dafür einsetzt, Forschung und Entwicklung im Bereich moderner Kernreaktorkonzepte, insbesondere Reaktoren der Generation IV und Small Modular Reactors, einschließlich möglicher Konzepte zur Nutzung vorhandener radioaktiver Reststoffe, zu ermöglichen beziehungsweise auszubauen;
12. welche Möglichkeiten sie sieht, bei der Zwischen- und Endlagerung radioaktiver Reststoffe deren langfristige Rückholbarkeit sicherzustellen, um eine spätere Wiederaufbereitung oder Nutzung aufgrund zukünftiger technologischer Entwicklungen nicht auszuschließen.

07.10.2026

Grammel, Gerner, Boutakoglou, Stein, Haug AfD

Begründung

Die Nutzung der Kernkraft hat über Jahrzehnte eine zuverlässige, grundlastfähige und kosteneffiziente Energieversorgung gewährleistet. In der öffentlichen Debatte, insbesondere nach der Abschaltung der letzten deutschen Kernkraftwerke, dominiert die Frage nach Zwischen- und Endlagerung. Der Antrag soll daher klären, wie sich die Situation der bereits vorhandenen radioaktiven Reststoffe in baden-württembergischen Zwischenlagern darstellt, welche zukünftige Entwicklung zu erwarten ist und inwieweit die Landesregierung in die Endlagersuche eingebunden ist.